

Universalismus versus Partikularismus, oder warum der Begriff Kulturkampf strukturelle Diskriminierung verteidigt

Ein Plädoyer für geschlechtergerechte Sprache

Aleo Susan Arndt

Der Cluster of Excellence “Africa Multiple. Reconfiguring African Studies” hat sich dezidiert einer Intervention gegen strukturelle Diskriminierung im akademischen Raum sowie gesellschaftlicher Prozesse verpflichtet. Das ist ebenso politisch, wie nicht gegen den aufstrebenden Faschismus dieser Zeit einzustehen. Auch ist politisch, wer Anti-Diskriminierungsarbeit diffamiert und zu verhindern strebt. Zu diesen Personen gehört die emeritierte Ethnologie-Professorin und Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Susanne Schröter. Wiederholt hat sie den Bayreuther Exzellenzcluster als woke Institution des Kulturkampfes beschimpft und mit haltlosen Unterstellungen überzogen, so auch in ihrem Buch *Der neue Kulturkampf* (Schröter 2024, 56, 80, 132–133, 237). Auch Kritik an strukturellem Sexismus oder anti-muslimischen Rassismus allgemein tut sie als Kulturkampf ab.

Der Begriff “Kulturkampf” lässt sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen. Populär geworden ist er in der Bismarck-Ära. Damals beschrieb er Interventionen des Liberalismus in die Dominanz der Katholischen Kirche. Wenn Schröter ihn heute verwendet, so um die Dominanz weißer heteronormativer Dogmen zu verteidigen. Aus genau diesem Grund sieht sie sich als Universalistin an und Anti-Diskriminierungsarbeit als Partikularismus. Entsprechend safte sie im Laufe eines Streitgesprächs mit mir:

Das ist unsere tatsächliche Differenz, die wir beide haben. Dass ich eine Universalistin bin, zutiefst überzeugt davon, obwohl ich Ethnologin bin und Sie eher eine Partikularistin.“ („Weimarer Kontroversen“ 2022)

Universalistin sei sie, weil sie die Interessen der "Mehrheit". Bei ihrer "Mehrheit" versus "Minderheit"-Setzung geht es aber nicht um Quantitäten, sondern um Machtverhältnisse.

Zunächst einmal sind *weiße* Männer bzw. *angry white wo*men* die eigentliche Minderheit auf diesem Planeten. Von den 8.2 Milliarden Menschen, die auf Planet Erde derzeit leben, sind nur ca. 410 Millionen *weiße* Männer. Das sind also 4–6 Prozent der Weltbevölkerung. Ca. genauso viele Personen sind *weiße* Frauen. Zusammen also machen sie 10% der Weltbevölkerung aus, was sie zu einer "Minderheit" macht.

Doch wenn Susanne Schröter von "Minderheiten" versus "Mehrheiten" spricht, dann meint sie mit "Mehrheit" jene, welche die Macht innehaben und diese nutzen, um Machtstrukturen und deren Erzählungen zum eigenen Vorteil zu gestalten. Von diesen Privilegien ausgeschlossene, benachteiligte oder diskriminierte Gruppen sind das, was Schröter mit "Minderheiten" meint. Sich zur Fürsprecherin der "Mehrheit" zu machen, heißt für Susanne Schröter also bestehende Machtverhältnisse zu verteidigen, welche Diskriminierung ermöglichen. Und wenn sie von "Partikularisten" spricht, die sich für "Minderheiten" einsetzen, spricht sie vom Kampf gegen strukturelle Diskriminierung. Die eigenen Werte als universell zu setzen ist das eine. Dadurch dann auch die Dominanzkultur als Norm und Maß aller Dinge zu setzen, aber befürwortet, dass die Privilegierten, die aus Machtverhältnissen heraus Norm/alität definieren, unerschüttert in dieser Machtposition und Komfortzone bleiben können, während sie genau das anderen verwehrt.

Genau das hält Schröter für Konservatismus:

Konservativ heißt für mich, angesichts dieser Zustände einer aus dem Ruder gelaufenen partikularen Einzelinteressenorientierung eine Rückbesinnung auf universelle Werte und individuelle Freiheitsrechte unabhängig von Hautfarbe, Alter, Geschlecht, Religion und anderen sekundären Zuschreibungen. ("Weimarer Kontroversen")

Doch, was sie sekundäre Zuschreibungen nennt, sind durch machtgeseättigte Diskriminierungsstrukturen erzeugte soziale Positionen.

Bei Schröters Universalismus-Partikularismus-Modell wie auch bei ihrem Gerede vom "Kulturkampf" geht es also um nichts Geringeres als den Erhalt diskriminierender Strukturen und sozialer Ungleichheit. Das aber ist nicht konservativ, sondern ein Angriff auf das Grundgesetz und ein Versuch, die sich seit den 1980er Jahren etablierende Anti-Diskriminierungsgesetzgebung

und -politik rückzubauen. Dem zu widersprechen ist kein "Partikularismus," sondern ein Kampf für die im Grundgesetz verbürgten Rechte. Und wer das abwertet oder gar verhindern will, ist nicht "universalistisch," sondern antifeiheitlich. Umgekehrt machen Menschen, die sich gegen Diskriminierung und für eine gerechtere Rechtsprechung einsetzen, keinen Kulturkampf. Sie sind die Stimmen des Grundgesetzes, der Demokratie. Denn am Ende müssen sich Gerechtigkeit und Freiheit einer Gesellschaft daran messen lassen, wie es so genannten "Minderheiten" – also auch tatsächlich kleineren demographischen Gruppen wie transgeschlechtlichen Personen – in dieser geht, wie die gesellschaftliche Ordnung und deren Moralvorstellungen jede einzelne Person vor Diskriminierung schützt. Dazu sind Personen wie Susanne Schröter nicht bereit. Das sei knapp am Beispiel des Streitgesprächs zu geschlechtergerechter Sprache zwischen Schröter und mir im Rahmen der "Weimarer Kontroversen" betrachtet.

Sprache geschieht nicht einfach. Wenn wir sprechen, treffen wir Entscheidungen und handeln entsprechend. Zwar gibt uns Sprache einen Rahmen vor. Doch während Grammatik kaum Optionen für individuelle Veränderungen lässt, bieten Wortwahl und der Gebrauch von Wörtern Handlungsräume. Wir können entscheiden, was wir wie sagen wollen und welche Wörter wir dafür für angemessen halten. In einem Streit etwa, können wir gewaltfrei kommunizieren oder aber Du-Sätze sagen; und wir können beleidigende Wort wählen oder meiden.

So verhält es sich auch bei der Frage von Sprache und Gerechtigkeit, bei Sprechen und Diskriminierung. Nicht die Sprache gestaltet uns, als Gesellschaft oder individuell. Wir sind es, die Sprache gestalten und aus dieser heraus Einfluss auf gesellschaftliche Norm/alitäten und Umgangsweisen nehmen. Wir sind, was wir uns sagen und werden sein, was wir uns gesagt werden haben. Worte können Arsendosen sein, die Menschen vergiften. Sprache gerechter zu formen, ist daher wichtig. Allein wird dies zwar Diskriminierung nicht beenden. Aber immer dann, wenn Sprache etwas inklusiver und weniger diskriminierend gestaltet wird, ist das ein wichtiger Beitrag dazu. Und wenn wir unsere Gesellschaft geschlechtergerechter gestalten wollen, ist geschlechtergerechtes Sprechen eine unerlässliche Baustelle und ein entscheidender Motor.

Meiner Sicht, dass die Bedeutung von Sprache nicht groß genug eingeschätzt werden könne, widersprach Susanne Schröter im Podium vehement: "Messen Sie Sprache nicht eine zu große Bedeutung bei? . . . Ich würde das ein bisschen nüchterner fassen." Sprache habe was mit Bildung zu tun und mit kultureller

Positionierung. Sprache habe vor allem die Aufgabe, Kommunikation zu ermöglichen. Das aber solle nicht durch Political Correctness zerstört werden. Denn diese mache Sprache unnötig schwer, gäbe ihr eine Schwere. „Dann fängt Sprache an, etwas Erdrückendes zu werden.“ Sie habe Angst, dass Sprache als „pädagogisches Projekt“ bewirke, dass „viele Leute verstummen“ werden.

Zudem sei es so, laut Schröter, dass es ja äußerst umstritten sein, ob das bisherige Sprechen in deutscher Sprache überhaupt diskriminierend sei. Immerhin gäbe es ja, so Schröter, „eine ganz große Gruppe von Sprachwissenschaftlern, und auch Sprachwissenschaftlerinnen,“ die das anders sieht. Dass es sich bei dieser Gruppe um Personen handelt, die sich 2022 extra mit dem Ziel versammelt hatten, den gemeinsamen Aufruf „Wissenschaftler kritisieren Gender-Praxis des ÖPR“ zu veröffentlichen, ließ sie dabei aus. Das ist eine bewährte populistische Strategie, um Andersdenkende nicht erwähnen zu müssen. Denn natürlich gibt es in der Sprach- und Kulturwissenschaft (Arndt 2020: 184–203) und auch Rechtswissenschaft (Lembke 2023) eben auch starke Bewegungen, nach Strategien zu suchen, die Gerechtigkeit in der Sprache befördere.

Um ihre These zu untermauern, dass die deutsche Sprache gar nicht geschlechtergerecht sei, gebrauchte Schröter ein abenteuerliches Beispiel: In der deutschen Sprache werden doch feminine, maskuline und neutrale Formen chaotisch zugeordnet. Es gäbe da keine Regel. Der Tisch, das Tuch. Der Baum, die Blume. Zur Erheiterung vieler ergänzte der Moderator Helmut Heit. „Morgens: der Weizen, das Korn; abends: das Weizen, der Korn.“ Ich begriff, was sie meinte. Artikel! Diese aber haben nur minimal was mit geschlechtergerechter Sprache zu tun. Im Kern geht es Schröter darum, zu behaupten, dass es ein generisches Maskulinum gäbe und dass dieses nicht diskriminierend sei. Zwei Mal falsch.

Zum einen gibt es in der deutschen Sprache deswegen kein generisches Maskulinum, weil die deutsche Sprache die Möglichkeit bietet, die männliche oder die weibliche Form eines Substantives oder Adjektivs zu verwenden. In einem Vortrag im Rahmen der Tagung „Zensur der Vielfalt“ gab Ulrike Lembke dafür folgendes Beispiel: „Im Kindergarten fehlen Erzieher“ kann entweder meinen, dass es zu wenige Männer oder insgesamt zu wenig Personal gibt. Wir können und müssen also zwischen männlich und weiblich unterscheiden. Und dass die männliche Form eines Substantivs zugleich auch Frauen meinen soll, ist kein generisches Maskulinum, sondern hat einen patriarchalischen Bart, der Männer insgesamt zum Besitzer, Bestimmer und Repräsentanten

von Frauen macht. Das pseudogenerische Maskulinum spiegelt also, dass bestimmte Berufe Frauen unzugänglich gemacht wurden. Dieses Argument konterte Susanne Schröter mit: "Selbstverständlich waren in der Vergangenheit Lehrer Männer." Das sei heute anders. Dass Sprache sich dem anpassen solle, halte sie aber für überflüssig. Mehr noch. Der Genderstern verletze ihr Sprachgefühl und stelle "[e]ine zusätzliche Verkomplizierung" und Überforderung dar. Der ganze Satzbau würde darunter leiden.

Doch warum sollte "Die Professor*innen sitzen in einem Raum" komplizierter sein als "Die Professoren sitzen in einem Raum"? Der Genderstern ändert gar nichts am Satzbau, nur etwas an den Substantiven und deren Artikeln. An deren Aussprache. Aber schon mal Spiegel*Ei gesagt? Zudem müssten nur Pronomen neugestaltet werden.

Mittlerweile aber geht die Debatte um Sprache und Gerechtigkeit weit über die Benennung von Frauen hinaus. Das deutsche Personenstandsregister regelt, dass es vier Geschlechter gibt: "Frau, Mann, keinen Eintrag, Divers." Zusammen mit Artikel 3 des Grundgesetzes, das verfügt, dass niemand aufgrund von Geschlecht diskriminiert werden darf, heißt das also, dass die deutsche Sprache immer alle Geschlechter repräsentieren muss. Genau das vermag der Genderstern mit seiner "in alle Richtungen offen"-Symbolik. Das macht ihn so schön für mich.

Dass ich das sagte, empörte Susanne Schröter. Denn sie besteht darauf, dass es nur zwei biologische Geschlechter gäbe. Zwar gäbe es durchaus Menschen, die "im falschen Körper geboren" seien. "In einer doch relativ liberalen Gesellschaft wie der unseren" sei das aber "nicht mehr das große Problem". Sie werden nicht mehr diskriminiert. Sie selbst hatte vor Jahrzehnten "Kommitonen, die mit Bärten und Röcken in die Uni" kamen. Hier eignete sie sich die Erfahrungen nicht-binärer Menschen an, während sie diese durch die Formulierung "im falschen Körper geboren" diskriminierte. Jeder Mensch wird im richtigen Körper geboren, nur manchmal eben aufgrund der falschen biologischen Modelle falsch gelesen.

Genau so aber funktioniert die "universalistische Mitte der Gesellschaft". Sie definiert ihre Normen als Normalität und zerreißt dabei die Gesellschaft. Zugleich aber werfen sie allen, die an diesem Status Quo nicht festhalten möchten vor, die Gesellschaft zu zerreißen. Genau in diesem Sinne sagte Schröter, dass es keine Gesellschaft geben könne, "in der alle gleich sind". Das klingt für mich sehr nach Kant und der AfD, für die Gleichberechtigung nicht Gleichmacherei bedeuten darf, sondern anerkennen muss, dass Menschen

unterschiedlich seien, weswegen es gerecht sei, dass einige einen größeren Anspruch auf Privilegien und sicheres Leben haben als andere.

Jedenfalls betonte Schröter, dass es ihr wichtiger sei, dass die „Mehrheit“ (also Schröters Norm) sich wohl fühlt, statt alle in „[e]ine zusätzliche Verkomplizierung“ zu zwingen, „damit sich alle wohlfühlen.“ Es würde auch die Mehrheit nerven. Es gäbe „mehr Menschen . . . , die sich“ mit Vorstößen gegen Diskriminierung „nicht einverstanden erklären“ als solche, die das tun. Sprache etwa habe „eine Grenze der Aufnahme an minoritären Formen, wenn sie auch noch sprechbar sein soll . . . Was gewinnen wir, wenn wir ein drittens, viertes, fünftes, sechstes Pronomen noch einführen. Meiner Meinung nach nicht sonderlich viel“, sagte Schröter. Sie wolle lieber in „einer Gesellschaft leben, in der wir Konflikte friedlich lösen“. („Weimarer Kontroversen“ 2022: 01:01) Mein „Neotribalismus“ aber bewirke, dass die Gesellschaft in unterschiedliche Richtungen verfällt und Unfrieden stifte:

Ich habe den Eindruck, dass über das Ziel hinausgeschossen wird, und dass das jetzt sozusagen eine Gegenreaktion hervorruft, die, A), den Prozess stoppt aber B) auch zu einer Unversöhnlichkeit führt, sicherlich nicht zu einer Fortführung von emanzipativen Bestrebungen. („Weimarer Kontroversen“ 2022: 01:02)

Doch nicht Kritik an Diskriminierung zerreißt die Gesellschaft. Das leistet Diskriminierung ganz von selbst. Dazu passt dann auch, dass die über jeden Zweifel erhebende „Mitte der Gesellschaft“ allen ihre universalistische Normen des eigenen Friedens diktiert und gleichzeitig allen, denen das nicht gefällt, vorwirft, anderen ihr Leben „diktieren“ zu wollen.

Schröter benannte dann aber doch ihr eigentliches Grundproblem: Die „Mitte der Gesellschaft“ fühlt sich dann eben doch von Diskriminierungskritik verunsichert. In Susanne Schröters Worten klang das so:

Es ist ja nicht so, dass eine Gruppe von Menschen, die weiter sind, also die Führer dieser Gesellschaft, die alles verstanden haben, was der dumme Rest noch nicht verstanden hat, dass die uns jetzt den Weg weisen. („Weimarer Kontroversen“ 2022: 01:23)

Nicht nur Unrecht tun, sich auch noch wohlfühlen wollen damit. Genau das macht Macht aus.

Susanne Schröters "Universalismus", der konservativ an dem festhält, was die heterosexuelle Norm vorgibt und Menschen, die gegen Diskriminierung angehen, als Unruhestifter*innen abtut und offen beleidigt, ist eine große Gefahr für die Freiheit in diesem Land. Wie stark solche Positionen auch die Freiheit der Wissenschaft und Lehre bedrohen, zeigen Verbote geschlechtergerechter Sprache an Universitäten und Schulen in Bayern, Hessen und Sachsen sowie die Verbote von Gender oder Postcolonial Studies Donald Trumps oder Victor Orbáns. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir mit dem Exzellenzcluster "Africa Multiple" ein akademisches Zuhause haben dürfen, in denen geschlechtergerechte Sprache und ganz allgemein Kritik an strukturellem Rassismus nicht nur erlaubt, sondern gefördert wird. Und genau das ist es, was ich unter Universalismus verstehe: dass Rechte für alle Menschen gleichermaßen gelten und dass anerkannt wird, dass dies noch niemals so war – wir aber auf einem guten Weg sind, entscheidende Transformationen zu gestalten.

References

- Arndt, Susan. *Sexismus. Geschichte einer Unterdrückung*. München: C.H. Beck, 2020.
- „Aufruf. Wissenschaftler kritisieren Gender-Praxis des ÖPR.“ 2022. <https://www.linguistik-vs-gendern.de>, Access 17 July 2025.
- Schröter, Susanne. *Wie eine woke Linke Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft bedroht*. Berlin: Herder Verlag, 2024.
- “Weimarer Kontroversen: Brauchen wir eine gendergerechte Sprache? Mit Susanne Schröter. Moderiert von Hartmut Heith. 14.09.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=LSVC65IwAlM>, Access 17 July 2025.
- Lembke, Ulrike. “Verfassungswidrige Sprachverbote.” *Verfassungsblog*. 24. November 2023. <https://verfassungsblog.de/verfassungswidrige-sprachverbote/>, Access 17 July 2025.
- Lembke, Ulrike. “Geschlechtergerechte Sprache. Grundrecht und Verfassungspflicht.” *Keynote. Zensur der Vielfalt. Politische Angriffe auf Sprache, Gleichstellung und Kritische Forschung*. Tagung an der Universität Bayreuth. 2.-3. Juli 2025.